

1. Stadt-Umland-Beziehungen - Metropolregion

Städte und ländlicher Raum bilden keinen Gegensatz. Im Gegenteil: Eine Vielzahl von Städten sind nach dem Landesentwicklungsplan Teil des ländlichen Raums in Schleswig-Holstein. Dies gilt nicht nur für die kleineren Städte, die als Zentrale Orte auf der Stufe des Unterzentrums oder des Unterzentrums mit Teilfunktion eines Mittelzentrums wichtige Versorgungsaufgaben für das Umland wahrnehmen, sondern auch für die Mittelstädte, die häufig als Kreissitz und als Mittelzentrum eine herausragende Bedeutung für die Lebensbedingungen des ländlichen Raums bilden. Wer in Schleswig-Holstein über den ländlichen Raum spricht, muss die städtischen Strukturen in besonderer Weise berücksichtigen. Es ist nicht möglich, die Städte auf der einen und den ländlichen Raum auf der anderen Seite zu betrachten. Sie gehören zusammen.

Schleswig-Holstein ist zudem geprägt von der Nachbarschaft zur Metropole Hamburg. Die Hamburger Randkreise bilden den inneren Kern der Metropolregion, die sich zwischenzeitlich bis nach Lübeck und dem Kreis Ostholstein erstreckt. Die Politik im Landes Schleswig-Holstein ist dem raumordnerischen Leitziel verpflichtet, gleichwertige Lebensbedingungen in den Teilräumen herzustellen, d. h. in den Lebensbereichen Wohnen, Arbeiten, Bildung, Kultur, Freizeit, Einkaufen, Erholung, soziale Leistungen usw. müssen allgemein akzeptierte gesellschaftliche Standards in allen Teilräumen Schleswig-Holsteins erfüllt werden.

Den Städten im ländlichen Raum kommt eine besondere Aufgabenstellung zu. Als Zentrum für Verwaltung, Dienstleistung und Handel, für Bildung und Kultur sowie für Wohnen und Freizeit schaffen sie die Voraussetzungen für das Wirtschaften und Arbeiten der Bevölkerung, erweisen sich als lebenswert und fördern die Entwicklung der Gesellschaft. Diese Funktionen der Städte sind zum Nutzen des ländlichen Raums insgesamt zu stärken.

Um die Aufgabefülle der Städte in zentralen Feldern der Daseinsvorsorge erfüllen zu können, ist eine fachübergreifende und vorausschauende Planung in Abstimmung mit dem Umland erforderlich.

Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik muss auch den regionalen Versorgungsraum berücksichtigen. Dabei muss eine konsequente Nutzung des Zentralen-Orte-System zur Stärkung der Zentren erfolgen sowie interkommunale Kooperationen und regionale Entwicklungskonzepte vom Land gefördert und belohnt werden.

Um den Stadt-Umland-Bereich gemeinsam zu entwickeln muss gemeinsam geplant werden. Das Entstehen einer abgestimmten Gebietsentwicklungsplanung unter den Bedingungen des demographischen Wandels, eine abgestimmte Schulentwicklungsplanung aber auch das Entstehen regionaler Bildungslandschaften sind Beispiele einer umfassenden Strategie für ein gemeinschaftliches Denken und Handeln in der Region. Nur so wird es gelingen, die Inf-

rastrukturen der Daseinsvorsorge dauerhaft aufrecht zu erhalten. Ziel muss es sein, die vorhandenen Doppelstrukturen von Verwaltungen an einem Ort aufzulösen.

Städte und Umland brauchen Handel, Gewerbe und Dienstleistung. Eine besondere Bedeutung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung kommt der Stärkung der Innenstädte zu. Attraktive Zentren verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der Städte und sind die Visitenkarte der Städte. Um die Zukunftsfähigkeit der Städte zu stärken sind Förderinstrumente des Landes für zum Beispiel regionale Einzelhandelskonzepte, innerstädtische Entwicklungskonzepte, Revitalisierung innerstädtischer Flächen und Starthilfen für PACT-Gründungen notwendig.

Die Städte müssen auch als Kultur- und Kulturwirtschaftsstandorte wahrgenommen werden. Dazu gehören:

- eine Intensivierung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels;
- eine Neubewertung des Wirtschaftsfaktors in der Kultur unter dem Gesichtspunkt Kreativwirtschaft;
- eine Erweiterung und Modernisierung des Bildungsangebotes für Kinder und Jugendliche durch die klassisch-öffentlich geförderten Institutionen wie Bibliotheken, Theater, Musikschulen, Museen, Volkshochschulen und Stiftungen.
- die Unterstützung von Kulturangeboten (z.B. soziokulturelle Zentren, freie Theater), die gewohnte Bahnen verlassen.

Die Städte in der Metropolregion müssen attraktive Standorte für das Wohnen, Wirtschaften und Arbeiten der Bevölkerung sein. Das Land muss verlässliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familien und Beruf, insbesondere in den Lebensbereichen der frühkindlichen und schulischen Bildung, schaffen. In der Metropolregion dürfen die administrativen Grenzen keine Hindernisse für das Zusammenwachsen darstellen. Die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene sind zu verbessern. Die Städte in der Metropolregion sind insbesondere ein attraktiver Wohnstandort. Die Wohnungsnachfrage wird weiter zunehmen. Es müssen Rahmenbedingungen für Städte als attraktive Wohnstandorte geschaffen werden. Dazu ist es unerlässlich, dass sich sowohl der Bund als auch die Länder weiterhin an der Gemeinschaftsaufgabe Städtebauförderung mindestens auf dem finanziellen Niveau der Jahre 2011/2012 beteiligen. Die Städtebauförderung leistet nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zur Strukturverbesserung in den Städten und Gemeinden, sondern sichert insbesondere auch Aufträge und Beschäftigung im regionalen Handwerk und Baugewerbe in erheblichem Umfang. Gerade aufgrund der Kleinteiligkeit der städtebaulichen Investitionen profitieren daher vor allem lokale Betriebe und ihre Beschäftigten.

Auch die Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung sind unerlässlich, um die Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte mit bezahlbarem und familiengerechtem Wohnraum insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten zu gewährleisten und eine sozialverträglich energetische Sanierung und einen altersgerechten Umbau des Wohnungsbestandes in allen Wohnungsmärkten sicherzustellen. Angesichts der Dimension der wohn-

nungspolitischen Aufgaben sind Länder und Städte mit deren Bewältigung finanziell überfordert und auf Unterstützung durch den Bund angewiesen. Deshalb erweist sich eine Fortführung der Kompensationszahlungen des Bundes im Bereich der Wohnraumförderung auf dem bisherigen Niveau auch über das Jahr 2013 hinaus für zwingend erforderlich. Um den Städten, den Ländern und den betroffenen Wohnungsmarktakteuren die nötige Planungssicherheit zu geben, müssen die Verhandlungen über die Fortführung der Kompensationszahlungen zwischen Bund und Ländern zügig zum Abschluss gebracht werden.

2. Kommunale Haushalts- und Finanzpolitik

Die Städte in Schleswig-Holstein müssen vielfältige Aufgaben und damit enorme finanzielle Lasten schultern. Sie tragen bei etlichen sozialen Aufgaben oder in der Kinderbetreuung die hohen Kosten und stellen als Zentrale Orte in den Regionen beispielsweise die öffentliche Infrastruktur im schulischen oder kulturellen Bereich bereit. Diese und viele weitere Leistungen sind wichtig, allerdings bringen sie die Kommunen an die Grenze ihrer finanziellen und personellen Leistungsfähigkeit. Trotz sparsamer Haushaltsführung sind selbst die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben nur schwer finanzierbar. Allein die Schulden der vier kreisfreien Städte belaufen sich auf rund 1.300 Millionen Euro. Viele Städte konsolidieren schon deshalb permanent ihre Haushalte.

Das Verbessern von Einnahmen beziehungsweise Streichen, Strecken oder Verschieben von Ausgaben ist dabei kein Selbstzweck. Wir brauchen belastbare kommunale Haushalte und damit leistungsfähige Städte, um öffentliche Aufgaben dauerhaft für die Menschen leisten und in Bildung oder Infrastruktur investieren zu können. Für die Zukunft der Städte sind der CDU wichtig:

Gemeinsame Verantwortung

Land und Städte tragen eine gemeinsame Verantwortung. Die Städte brauchen ein finanziell leistungsfähiges Land, das Impulse für Wachstum, Arbeit und Bildung setzen kann. Das Land wiederum braucht handlungsfähige Städte, die vor Ort ihre Aufgaben erfüllen können. Ein gemeinsam getragener Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte ist deshalb richtig. Die Schuldenbremse des Landes ist dazu ein Baustein. Sie soll es möglich machen, dass der Konsolidierungspfad des Landes erfolgreich gegangen und letztendlich der Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich beendet werden kann.

Bei dem Konsolidierungskurs der Städte muss das Land helfen. Es ist deshalb grundsätzlich hilfreich, dass die besonders verschuldeten Kommunen eine Konsolidierungshilfe erhalten werden.

Stabiler Handlungsrahmen

Die schwierige Situation der kommunalen Haushalte ist kein allein hausgemachtes Problem. Leistungsgesetze – insbesondere auf der Bundesebene beschlossen – müssen häufig von den Kommunen umgesetzt und schließlich bezahlt werden. Aufgaben ohne Kostenausgleich dürfen nicht auf die Kommunen übertragen werden. Das Kon-

nexitätsprinzip – „wer bestellt, muss auch bezahlen“ – muss strikt eingehalten werden und bedarf auf Landesebene einer genaueren gesetzlichen Definition.

Gerade bei den sozialen Leistungen muss der Bund sich noch stärker an den finanziellen Lasten beteiligen. Durch die Übernahme der Kosten bei der Grundsicherung im Alter durch den Bund wird den Kommunen dabei erstmals spürbar geholfen. Die Grundsicherung erhalten ältere Menschen, deren Rente für den Lebensunterhalt nicht ausreicht. Die CDU hat Wort gehalten, um die stark strapazierten Städte zu unterstützen.

Gesetze, die durch Kommunen umgesetzt werden sollen, bedürfen auf Landes- und Bundesebene einer stärkeren kommunalen Beteiligung. Es wird auf Landesebene ein Abstimmungsverfahren aufgebaut mit der Zielsetzung, dass sich Land und kommunale Ebene über die Kostenfolgen einvernehmlich vor einer Gesetzesvorlage verständigen.

Regionale Verantwortung

Gebietsreformen am grünen Tisch und über die Köpfe der Menschen hinweg sind falsch und lehnen wir ab. Was wir brauchen, ist eine offene und vertrauensvolle Diskussion zum Verhältnis von Stadt und Umland. Wie kann man die Ausweisung von Gewerbeflächen und Wohngebieten gemeinsam abstimmen? Welche öffentliche Infrastruktur und Leistungen halten die Städte vor, von denen auch das Umland profitiert, die aber nicht auskömmlich finanziert sind? Viele Beispiele interkommunaler Zusammenarbeit zeigen, dass eine an Aufgaben orientierte Zusammenarbeit sehr gut funktionieren kann.

Die Grenzen von Stadt und Umland sind sehr fließend. Arbeiten, Infrastruktur und Einkaufen in der Stadt und Wohnen und Freizeit im Umland machen Orts- und Verwaltungsgrenzen für die Menschen nicht erkennbar. Wir streben eine grundsätzliche Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs an. Interkommunale Zusammenarbeit ist finanziell zu belohnen. Freiwillige Gebietsreformen sind zu unterstützen.

3. Bildung

Ganztagschulen und Verlässlichkeit

Ein besonderes Merkmal aller Städte ist, dass die Menschen nicht nur auf engerem Raum miteinander leben, sondern insbesondere die sozioökonomischen und soziokulturellen Unterschiede besonders groß sind. Das ist für die Politik Herausforderung und Chance zugleich.

Die CDU beweist seit Jahrzehnten in den Ländern, in denen Sie über längere Zeit in der Regierungsverantwortung steht, dass der Weg Ihrer Bildungspolitik der richtige ist. Nationale und internationale Leistungs- und Zufriedenheitsstudien zeigen es schwarz auf weiß.

Dem Auf- und Ausbau der Ganztagschule mit der Möglichkeit, eine längere Zeit des Tages für das Lernen und Leben gemeinsam zu gestalten, ist die Basis zu mehr Bildungsgerechtigkeit. In der Gemeinschaft einer Ganztagschule, die in einer Stadt selbstverständlich mit außerschulischen Lern-orten kooperiert, kommen die unterschiedlichen Fähigkeiten aller Kinder und Jugendlichen zum Tragen – unabhängig von der Schulform.

Stadtkinder erleben und lernen dadurch besonders in der Ganztagschule, dass jeder etwas kann - dass jeder seine Stärken gewinnbringend in das gemeinsame Leben einbringen kann. Das schafft Selbstbewusstsein und Akzeptanz gegenüber anderen. Das fördert sowohl besonders Leistungsfähige - auch in ihrer sozialen Verantwortung - als auch (sog.) Bildungsbenachteiligte.

Da Schule immer ein Spiegelbild ihrer Gesellschaft ist, wird so der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer durch starke Unterschiedlichkeit/Heterogenität geprägte Stadt in hohem Maße gefördert. (Stichwort: gesellschaftlicher Friede).

Die CDU Schleswig-Holstein wird mit Nachdruck das Angebot an Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen und gleichzeitig die Verlässlichkeit von Schulzeiten garantieren.

Wichtigen bildungspolitischen Zielen, wie z.B. Senkung der Schulabbrecherquote – besonders ein Problem der Städte – und einer klaren Spitzenförderung werden unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft damit in hohem Maße entsprochen.

Städte und Möglichkeiten/Chancen beruflicher und akademischer Bildung

Bildungschancen und –gerechtigkeit erfordern eine flächendeckende Bildungslandschaft auch im tertiären beruflichen und akademischen Bereich. Vielen Städten in Schleswig-Holstein bieten sich hier große Chancen.

Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt auch zukünftig nachhaltig den Prozess der Errichtung Regionaler Berufsbildungszentren. Mehr Eigenverantwortung und Erfolgsdokumentation, an der Schnittstelle von Bildung und Wirtschaft arbeitend, ist der Schlüssel zum Erfolg für die individuelle begabungsgerechte Förderung eines jeden einzelnen Schülers oder jeder einzelnen Schülerin. Die berufliche Bildung ist und bleibt für eine Mehrheit der Menschen der Weg in die Arbeitswelt und Gesellschaft in Deutschland.

In Schleswig-Holstein steigt die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten und Inhaberinnen und Inhaber der Fachhochschulreife. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach besonders qualifizierten Fachkräften in Deutschland und verschärft sich die Wettbewerbssituation hinsichtlich der besten Arbeitskräfte zwischen Unternehmen, Regionen und Ländern.

Die CDU Schleswig-Holstein sieht das – auch im Kontext von Bildungsgerechtigkeit und im Umgang mit Lebensarbeitszeit – als Auftrag, im Bereich akademischer Bildung zusätzliche Angebote zu schaffen.

Die CDU Schleswig-Holstein steht für Durchlässigkeit in allen Bildungsbereichen. Akademische Bildung darf niemandem, der die Fähigkeiten hierzu mitbringt, verschlossen bleiben. Gleichzeitig erfordert Teilhabe an akademischer Bildung für viele junge Menschen – auch aus ökonomischen Gründen – eine gute Erreichbarkeit des Studienangebots.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, neben den Universitäten und Fachhochschulen eine weitere Hochschulart zu schaffen: die Duale Hochschule. Die Duale Hochschule steht im Bildungsschnittpunkt zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und schließt mit dem Bachelor sowie der Berechtigung für ein aufbauendes Masterstudium ab. Die Kriterien zur überregionalen Anerkennung, verabschiedet in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz, werden eingehalten. Dadurch wird sie auch für junge Leute aus anderen Bundesländern attraktiv. Die CDU Schleswig-Holstein sieht die Duale Hochschule in Baden-Württemberg aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrung als Vorbild an.

Die CDU Schleswig-Holstein wird in engem Schulterschluss mit interessierten Unternehmen verschiedene Standorte insbesondere in den mittelgroßen Städten Schleswig-Holsteins prüfen. Die Studienrichtungen sind gemeinsam mit der Wirtschaft, orientiert an den Wirtschaftsschwerpunkten in unserem Land, festzulegen.

So wird akademische Bildung in Schleswig-Holstein flächendeckend erreichbar und gleichzeitig der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein gestärkt. Die Dualität des Studiums (Theorie an der Hochschule und Praxis im Ausbildungsbetrieb mit Vergütung) fördert die Möglichkeit der akademischen Bildung und trägt daher zu mehr Bildungsgerechtigkeit und damit sozialer Gerechtigkeit bei.

Hiermit schafft die CDU Schleswig-Holstein Aufstiegschancen für alle mit einem flächendeckenden Angebot an akademischer Bildung über das Netzwerk ihrer Städte.

Sport, Städte und Schleswig-Holstein

Die CDU Schleswig-Holstein sieht im Sport ein großes Potenzial für die Entwicklung ihrer Städte.

Der Sport und seine soziale Funktion

In unseren Städten, in denen im Vergleich zum Leben auf dem Land auf engem Raum zusammengelebt wird und es eine hohe Verschiedenartigkeit der Menschen und gesellschaftlichen Gruppen gibt, kann der Sport viel bewegen:

- ***Grenzen erleben, mit Niederlagen umgehen, Teamgeist entwickeln, Leistungsbereitschaft zeigen, Spielregeln einhalten und Gegner respektieren fördern die Sozialkompetenz jedes Einzelnen.***
- ***Verständigung durch gemeinsames Sporttreiben über Sprach- und Kulturbarrieren hinweg fördert Akzeptanz von Verschiedenartigkeit.***
- ***Gemeinsames Sporttreiben in der Familie fördert den Zusammenhalt der Familie.***
- Regelmäßige Bewegung fördert unsere Gesundheit.
- Sportliche Erfolge fördern das Selbstbewusstsein.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für eine nachhaltige Sportförderung ein, die über eine verlässliche Finanzierung hinaus auch den Stellenwert des Sports im Rahmen von Entscheidungen hervorhebt. Die CDU wird sich im Bereich Schule, Ausbildung und Studium dafür einsetzen, dass sich die Rahmenbedingungen für Leistungssportler verbessern. Gemeinsam mit der Wirtschaft und den Hochschulen gilt es, hierfür entsprechende Maßnahmen zu entwickeln.

Die CDU setzt sich dafür ein, gemeinsam mit den Städten zu prüfen, unter welchen Bedingungen außerhalb der Unterrichtszeit Schulhöfe zu Räumen der Bewegung und des Spiels genutzt werden könnten.

Der Sport als Raum für Begegnung.

Städtepartnerschaften werden über gemeinsame Sportbegegnungen intensiv gelebt. Patenschaften, Freundschaften, internationale Begegnungen stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl über Grenzen und Kulturen hinweg und fördern gleichzeitig die Akzeptanz der Verschiedenartigkeit

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich deshalb für eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs „Sportfreundliche Kommune“ ein, indem dem Aspekt der Städtepartnerschaft in den Bedingungen Rechnung getragen wird.

Der Sport als Botschafter der Städte

Aktives sichtbares Sporttreiben in einer Stadt trägt zur Lebendigkeit und positiven Ausstrahlung bei – sei es im Bereich des unorganisierten Sports oder im Rahmen von Sportveranstaltungen. Es motiviert zum Nachahmen, Bewohner der Stadt werden zu Zuschauern, Menschen von außerhalb werden zur Beteiligung oder als Zuschauer angezogen. Der Sport als Botschafter lässt Wohlgefühl, Image und Bekanntheitsgrad der Städte wachsen.

Die CDU Schleswig-Holstein wirbt bei den Städten, den Sport als festes Element bei der Gestaltung der Städte (Grünanlagen, Beleuchtung, Bolzplätze etc.) und im Bereich Stadtvermarktung verstärkt einzubauen. Damit schaffen wir attraktive Rahmenbedingungen für den Zuzug neuer Familien und werben für den Tourismusstandort Schleswig-Holstein.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, einen gemeinsamen „Runden Tisch des Sports“ mit Beteiligung aller im Sport Verantwortung tragenden Personen: LSB, Sportjugend, OSP, Vertretung der Städte und Kommunen, zuständiger Sport-Staatssekretär und Vertretung anderer Ministerien mit dem Ziel, das Potenzial des Sports für Schleswig-Holstein stärker zu nutzen.

4. Familie, Kinderschutz, Beruf und Pflege

Familien im Wandel

Das Familienbild von heute ist vielfältiger, vor allem im städtischen Bereich. Familie ist dort, wo Menschen miteinander zusammen leben: Junge, Alte, Kinder, Frauen und Männer. Sie fordern von der Gesellschaft und der Politik Chancengerechtigkeit und gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familien-, Pflegearbeit und Beruf. Die CDU erkennt die hohe politische Verantwortung zum Gelingen dieser Vereinbarkeit.

Gerade im städtischen Umfeld werden höhere Ansprüche an die Versorgungsquote gestellt. Weit mehr als die Hälfte aller Eltern der jüngsten Kinder wünschen sich Betreuung nach der Elternzeit. Eine gute und umfassende Kinderbetreuung, die insbesondere auch alleinerziehende berufstätige Mütter unterstützt, ist zudem ein wichtiges Instrument gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Deswegen müssen wir dafür sorgen, den Ausbau der qualifizierten und bedarfsgerechten Kinderbetreuung konsequent weiterzuführen, vor allem der unter Dreijährigen in der Krippe und in der Tagespflege. Dazu gehören auch Vereinbarungen mit Unternehmen. Damit wird es Familien erleichtert, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen. Gleichzeitig fördern wir mit einem qualifizierten Betreuungsangebot auch die Bildung unserer Kinder.

Wir setzen uns dafür ein:

- ***den flexiblen und qualifizierten Ausbau der Ganztagskinderbetreuung für Kinder von 0 – 14 Jahren dem steigenden Betreuungsbedarf laufend anzupassen;***
- ***die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher zu gestalten und Wiedereinstiegsprogramme und Qualifizierungen für die Berufsrückkehr nach der Familienphase zu stärken;***
- ***die generationsübergreifende Stärkung der Familienpolitik zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und häuslicher Pflege auszubauen;***
- ***die Zusammenarbeit von Krippe, Kita, Hort und Schule zu intensivieren;***
- ***mehr Ganztagschulen zu schaffen. Ziel ist es, dass es in der Nähe eines jeden Kindes eine Ganztagschule gibt.***

Wir wollen Familien unterstützen, die Hilfe in problematischen Lebenslagen benötigen. Wir setzen hier auf „frühe Hilfen“, wie sie in Familienzentren, Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten angeboten werden. Diese sollen vernetzt und in Kooperation mit dem Jugendamt, der Jugendhilfe, den Kinderbetreuungsein-

richtungen und den allgemeinen, sozialen Diensten zusammenarbeiten, um den Betroffenen weiter zu helfen.

Gegen die Zunahme von Jugendkriminalität, insbesondere bei jugendlichen Intensivtätern, werden wir aktiv Netzwerke unterstützen, in denen konsequent Maßnahmen unter Einbeziehung von Polizei, Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, Gericht und Schulen zeitnah gebündelt werden.

Kinderschutz und Kinderrechte

Das Kinderschutzgesetz Schleswig-Holsteins ist deutschlandweit vorbildlich und wird gut ergänzt durch das Bundeskinderschutzgesetz. Wir fordern die konsequente Umsetzung und Überwachung des Einladungswesens zu den kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen. Die Gesundheit der Kinder und deren frühe sprachliche Entwicklung sind maßgeblich für den weiteren Lebensweg und die Chancengerechtigkeit.

- ***Gesundheitsprobleme, Ernährungsfehler und Sprachdefizite müssen früh erkannt werden.*** Eine besondere Verantwortung tragen hier die Betreuungseinrichtungen.
- ***Kinderschutz und Kinderrechte haben höchste Priorität.***
- ***Dazu zählt auch ein wirkungsvoller Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Misshandlung.***
- ***Verbindliche Strukturen für die Prävention und Intervention müssen festgelegt werden z. B. durch sozialraumorientierte Jugendhilfe.***
- ***Kirchliche und kommunale Freizeitangebote für Jugendliche und junge Erwachsene sind ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit.***
- Die Aktivitäten zur Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden, vor allem im Sport, müssen erhalten oder gegebenenfalls sogar ausgebaut werden.

Gesellschaftliche Herausforderung gegen die Vereinsamung

Die Städte sollen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern ein gesellschaftlich attraktives Zuhause bieten, in dem sich alle Generationen wohl fühlen und Möglichkeiten vorfinden, sich in gesellschaftliches und privates Engagement in Vereinen und Verbänden einzubringen. Ein breites Angebot soll ihnen genügend Möglichkeiten bieten, sich bürgerschaftlich, wie z. B. in Nachbarschaftszentren zu engagieren, um somit auch der zunehmenden Vereinsamung entgegenzuwirken.

Die CDU will das soziale Miteinander stärken und mehr Gelegenheit zum bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement schaffen. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung und Ausweitung der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ein.

Seniorenfreundliche Städte

Die Folgen des demografischen Wandels und die damit verbundenen Herausforderungen sind vielschichtig. Während in großen Teilen des Landes die Bevölkerungszahlen schrumpfen, wachsen sie in Städten wie Kiel und im Hamburger Umland an:

- Die Zahl der Arbeitskräfte sinkt, damit sinkt auch die Zahl derjenigen, die die sozialen Sicherungssysteme sowie die übrige Daseinsvorsorge finanzieren.
- Familienpausen werden kürzer, da gut qualifizierte Kräfte schneller in den Arbeitsprozess zurückkehren müssen/wollen.
- In der Altenpflege steigt der Bedarf. Gleichzeitig gibt es einen Arbeitskräftemangel in den Pflegeberufen.
- Die Zahl der Menschen mit eingeschränkter Mobilität wächst.
- Es existiert ein wachsender Bedarf nach Angeboten mit altersgerechten Wohnformen verschiedenster Art (Betreutes Wohnen, generationsübergreifendes Wohnen, Pflege, altengerechter und für Menschen mit Behinderungen geförderter Wohnungsbau etc.).

Senioren werden in ländlichen Regionen stärker durch familiäre Netzwerke aufgefangen. Gleichzeitig verschlechtert sich dort die ärztliche Versorgung. Der vielschichtige Bedarf nach altersgerechten Wohnformen ist in Ballungsräumen in seiner Unterschiedlichkeit leichter erfüllbar als auf dem Land, dies gilt auch für die Sicherstellung der Mobilität.

Diese Beispiele zeigen: Der demografische Wandel birgt für Stadt und Land unterschiedliche Chancen und Risiken. Es ergeben sich daraus eine Reihe von Konsequenzen wie z. B. eine Intensivierung der Stadt-Umland-Beziehungen zur gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels, Konzepte zur langfristigen Finanzierbarkeit der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung, Konzeptionierung und Unterstützung der Schaffung neuer Wohnformen oder Ausbildungsoffensiven für soziale Berufe.

Dazu zählt auch, dass die Städte für Seniorinnen und Senioren geeignete Angebote für pflegebedürftige Menschen vorhalten.

- ***Pflegestützpunkte helfen pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen mit den Folgen des Alterns umzugehen.***
- ***Die seniorenfreundliche Stadt ist das Ziel der Kommune, des Landes und der Gesellschaft***

5. Integrationspolitik

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine besondere Herausforderung gerade in den Städten Schleswig-Holsteins. Völlig zu Recht fordert der Nationale Integrationsplan der Landes- und Bundesregierung, dass zukünftig noch mehr Anstrengungen unternommen werden müssen. Die CDU stellt sich dieser Verantwortung und belässt es seit der Übernahme der Regierungsverantwortung nicht bei bloßen Worthülsen. Für uns ist das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund eine Aufgabe, der sich alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner stellen müssen – die Politik gibt den Rahmen vor und berücksichtigt dabei die vorhandenen, unterschiedlichen Gegebenheiten in den Städten.

In unseren Städten ist die Integration gelungen, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund als Teil unserer städtischen Gesellschaft verstehen und in allen Bereichen des Erwerbslebens, der Kultur, der sozialen Kontakte und der Demokratie vor Ort gleichberechtigte Teilhabe erleben. Sie ist gelungen, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund in deutscher Sprache verständigen können, die Gleichberechtigung von Mann und Frau akzeptieren und die Werte unseres Grundgesetzes und unsere Landesverfassung achten. In den vergangenen Jahren sind wir ein gutes Stück vorangekommen, ein weiter Weg liegt noch vor uns. Dazu werden wir in vier Handlungsschritten bestehende Konzepte weiterentwickeln und neue Ansätze schaffen.

Wir erwarten, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund mit allen ihren Möglichkeiten für die eigene Integration einsetzen. Umgekehrt können sie Solidarität und Unterstützung erwarten.

Frühkindliche Bildung und Bildung in der Stadt

Die Migrationsanteile steigen insbesondere in den jüngsten Altersgruppen der Kinder weiter. In Ballungsräumen ist Migrationshintergrund und Bildungsferne häufig zu beobachten.

Gleiche Bildungschancen sind daher auch in Schleswig-Holstein in den größeren Städten weniger gegeben als in den ländlichen Regionen oder im klassischen „Hamburger Speckgürtel“.

Die Gründe dafür sind u. a.

1. größere soziale Unterschiede,
2. eine stärkere Notwendigkeit, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu integrieren

3. sowie die schwächere Finanzkraft der großen Städte als Schulträger.

Bildungschancen sind anzugleichen, z. B. indem der Ressourceneinsatz (u. a. für den Bereich Schulsozialpädagogen, Sprachförderung, Kinderarmut) stärker an den realen Situationen orientiert wird („Bedarfsorientierung“ statt „Gießkanne“).

Damit fördern wir den Aufstieg durch Bildung, von dem gerade Familien mit Migrationshintergrund profitieren. Dabei ist es zunehmend erforderlich, auf den kulturellen und sozialen Hintergrund von Kindern und Jugendlichen einzugehen. Dazu müssen unserer Lehrerinnen und Lehrer bereits in der Ausbildung besonders vorbereitet werden. Um die Sprachbarrieren möglichst frühzeitig zu überwinden, werden wir in Kindertagesstätten und Grundschulen verstärkt das sprachliche Angebot fördern. Die bestehenden Schulen erhalten eine größtmögliche organisatorische Freiheit und mehr pädagogische Differenzierungsmöglichkeiten, um auf die kulturellen und sozialen Anforderungen in den Stadtteilen passgenau reagieren zu können.

Soziales und Stadtentwicklung

Wir werden gemeinsam mit den Entscheidungsträgern in den Kommunen die bestehenden Integrationsangebote überprüfen, bündeln und bei Bedarf ausbauen.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist eine grundlegende Säule der Stadtentwicklung, denn Integration entscheidet sich vor Ort. Auf der Grundlage von vor Ort entwickelten Konzepten sollen auch weiterhin auf Stadtteilebene Aktivitäten gebündelt und eigenverantwortliches Handeln auf lokaler Ebene gefördert werden. Ziel sind die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Schaffung von Arbeit und Beschäftigung auch in sozialen Brennpunkten, die Entwicklung einer Stadtteilstruktur sowie die Stärkung der Sicherheit für die Bevölkerung.

Städtisches Erwerbsleben und Wirtschaft

Die Wirtschaft schafft viele Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Migrationshintergrund. Andererseits schaffen viele Menschen mit Migrationshintergrund Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch eigene Betriebe, Gewerbe und mittelständische Unternehmen. Vielfach sind Deutschkenntnisse ein entscheidendes Hindernis für eine erfolgreiche Erwerbsbiographie. Sprachkurse haben daher bei uns eine hohe Priorität.

Viele Talente aus dem Ausland kommen zu uns in die Städte. Daher werden wir uns verstärkt auf Bundesebene dafür einsetzen, dass mehr ausländische Studienabschlüsse auch in Deutschland Anerkennung finden. Wir können es uns gerade im

städtischen Arbeitsmarkt nicht leisten, auf die Qualifikation der Menschen mit Migrationshintergrund zu verzichten.

Ehrenamt

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaften kann nicht allein durch Staat und Wirtschaft gewährleistet werden. Gerade das bürgerschaftlichen Engagement, vor allem gemeinsames bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, fördert die gegenseitige Akzeptanz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden Initiativen unterstützen, die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenführen.

6. Klimaschutz beginnt vor Ort

Die Frage einer zukunftsweisenden Energiepolitik ist aktueller denn je. Im Zusammenhang mit einer klimaschonenden und risikoarmen Energieversorgung spielen die Kommunen als Standort oder sogar Träger dezentraler Lösungen eine wachsende Rolle. Das Bewusstsein, wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz als logische Konsequenz der aktuellen Energiediskussion zu verstehen, steigt in der Bevölkerung dabei stetig an.

„Klimaschutz vor Ort“ ist ein wichtiges Zukunftsthema, das auf verschiedenen Ebenen angepackt werden kann, z. B. durch:

- **verhaltensfördernde Maßnahmen wie z. B. Schulprojekte („fifty-fifty“) oder Maßnahmen der Bürgerbeteiligung an Klimaschutzprojekten,**
- **die energetische Sanierung öffentlicher Liegenschaften,**
- **die Unterstützung von energetischen Stadtteilsanierungsprojekten,**
- **die Gestaltung einer klimafreundlichen Bauleitplanung zur Förderung klimafreundlicher Bauweisen und energieeffizienter Wärmekonzepte,**
- **die Unterstützung von Projekten im Rahmen der Elektromobilität zur besseren Nutzung von Elektroautos und -fahrrädern,**
- **die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger zu einem Mobilitätsnetzwerk aus ÖPNV, Radwegen, Carsharing-Modellen, Parkplatzmanagement sowie Straßen und Wegen.**

ÖPNV: Mehr Mobilität, mehr Klimaschutz

Die Ziele des Klimaschutzes, der Wunsch nach mehr Mobilität aufgrund des demografischen Wandels, die weitere Optimierung der Stadt-Umland-Verflechtungen, aber auch die zunehmende Belastung der Straßenverkehrswege in den Ballungsräumen unterstreichen die wachsende Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs in unserem Land.

Auch wenn ein spürbarer Ausbau des ÖPNV aufgrund von Haushaltsrestriktionen größtenteils unrealistisch ist, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, Konzepte zu optimieren:

- **Eine stärkere Vernetzung von Bus- und Bahnverkehr sowie die Einbeziehung von Carsharing-Projekten erleichtern Nutzbarkeiten und steigern die Attraktivität.**

- ***Klimafreundliche Antriebsarten der Fahrzeuge sowie der Einsatz erneuerbarer Energien schaffen einen zusätzlichen ökologischen Nutzen des ÖPNV.***
- ***Lärmschutz an Schienenwegen steigert die Lebensqualität. Die betroffenen schleswig-holsteinischen Städte und Gemeinden sind in den Lärmschutzprogramme des Bundes entsprechend zu berücksichtigen.***
- ***Der Umstieg auf den ÖPNV kann weiter erleichtert werden: Durch mehr P&R- sowie B&R-Angebote, aber auch durch Tarifstrukturen, die Anreize schaffen.***
- ***Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung auf Bahnhöfen und Haltestellen steigern das subjektive Sicherheitsgefühl und machen die Nutzung des ÖPNV attraktiver.***

Energieautarke Stadt als Integrator für das Land

Lokale und regionale Energiesysteme sind immer nur ein Teil des Ganzen. Sie sind Bestandteile eines Netzes, welches alle Teilnehmer verbindet und die Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens ermöglicht. Produzenten, Konsumenten und Verteiler des Gutes „Energie“ werden in ländlichen und städtischen Regionen vor neue Herausforderungen gestellt. Schleswig-Holstein ist in der Stromproduktion bereits heute ein Erzeuger- und Exportland und wird dies auf Basis weiterer Investitionen in erneuerbaren Energien steigern. Mit dem Ausbau der Windenergie geht auch die strukturierte Verflechtung und Vernetzung der Metropolen einher. Der Ausgleich zwischen Bedarf und Erzeugung ist Aufgabe der städtischen Energieversorgung. Durch die Konzentration aller Energieanwendungen im Elektrizitäts-, Wärme- und Verkehrsbereich kann der Bedarf an höherer Flexibilität bereitgestellt werden. Das bedeutet für das Land, dass die Städte die Funktion der Stabilisierung der Netze und des Energiemanagements übernehmen. Sie sind der Teil des heutigen Verbundnetzes, welches den Part der Grundversorgung abdecken wird. Die Grundbausteine für die Energiewende, die ihre primären Ziele in der Erfüllung des Klimaschutzes haben, können schwerpunktmäßig und überwiegend nur im städtischen Umfeld vorteilhaft aufgebaut werden.

Zu diesen Grundbausteinen zählen:

- ***der Ausbau und die Integration der Kraftwärmekopplung in das übergeordnete Verbundnetz und damit die Erhöhung der Netzsicherheit und Flexibilität;***
- ***Bereitstellung von Austauschenergie zur Stützung der erneuerbaren Energieerzeuger im Land;***
- ***Erschließung von Substitutionspotential für die frei disponible Elektrizität um Effizienz und Einsatz von Erzeugungsüberhänge aus regenerativen Quellen zu nutzen;***
- ***Stabilisierung der regionalen und überregionalen Stromnetze;***
- ***Verbesserung der Netzinfrastruktur zur Realisierung von Einsparpotentialen.***

Stadt und Land werden die Neustrukturierung ihrer energetischen Aufgaben neu gestalten müssen und eine Zusammenarbeit unter der Maßgabe des neuen Energiemarktes gestalten. Die Konzepte werden in sog. Energiehandbüchern auf diese zukünftige Zusammenarbeit ausgerichtet. Akteure und handelnde Institutionen sind die Stadt- und Gemeindewerke. Sie können gemeinsam mit Gewerbe und privaten Konsumenten einen neuen Energiemix organisieren, der nachhaltig die Energieanwendung bezahlbar, sicher und komfortabel gestaltet. Hier ist der Einfluss der Landespolitik und der Kommunen ein maßgeblicher Faktor der Richtlinienkompetenz in der Planung. So kann die Energiewende neue Wertschöpfungsimpulse im Land erzeugen und Politik einen Korridor durch ein eigenes Monitoring in den Planungszielen mit vorgeben und Planungssicherheit gewähren. Das energetische Netzwerk kann so zu einem neuen modernen sozialen Netzwerk mit der Aufmerksamkeit der Zukunft werden. Norderstedt hat hier einen ersten Entwurf gewagt und die komplexen Zusammenhänge, die zu einer kohlenstofffreien Energieversorgung führen können in einen Maßnahmenplan gefasst. Das Ganze ist ein Energiehandbuch, welches die Zukunft einer autarken Energieversorgung für eine Stadt darstellt. Es setzt die globalen, europäischen, deutschen, schleswig-holsteinischen und kommunalen Rahmenbedingungen in einem lokalen Energiekonzept um und gibt eine Perspektive für demokratische soziale Netzwerke vor.